

§ 3. Indien geen gevolg wordt gegeven aan deze vordering tot terugbetaling worden de bedragen overeenkomstig de bepalingen van artikel 3 van de wet van 22 december 1949 op de domeingooderen op verzoek van de Executieve en ten gunste van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap door de Administratie van de belasting op de toegevoegde waarde, de registratie en de domeinen door middel van een dwangbevel bij de vereniging zonder winstoogmerk ingevorderd.

HOOFDSTUK VIII. — *De overname*

Art. 12. § 1. Onder overname dient te worden verstaan : de kostenloze overdracht van de gesubventioneerde goederen aan een v.z.w. met gelijkaardige doeleinden of aan de gemeente.

§ 2. Indien de gemeente of de v.z.w. in de vragenlijst bedoeld in artikel 11 mededeelt dat een overname heeft plaatsgehad, kan de Executieve na onderzoek van de feiten overeenkomstig artikel 5 van de decreet van haar vordering tot terugbetaling afstand nemen.

§ 3. Daartoe moet de aanvragende gemeente of v.z.w. binnen een maand na de ontvangst van de vragenlijst volgende documenten aan de Executieve overmaken :

a) de aanvragende gemeente : een kopie van de beslissing van de gemeenteraad van de overnemende gemeente.

b) de aanvragende v.z.w. :

1. een uittreksel uit het *Staatsblad* met de samenstelling van de bestuursraad en de doeleinden van de vereniging die de gesubventioneerde goederen wil overnemen;

2. de schriftelijke toestemming om de gesubventioneerde goederen over te nemen;

3. een lijst met de activiteiten van de overnemende v.z.w.;

4. een eigendomsbewijs of een kopie van het nieuwe huurcontract.

§ 3. Na ontvangst van de nodige inlichtingen deelt de Executieve haar beslissing aan de gemeente of v.z.w. mede. Indien het verzoek tot vrijstelling van de terugbetaling wordt afgewezen, zijn de paragrafen 2 en 3 van artikel 11 van toepassing.

HOOFDSTUK IX. — *Bijzonder bepaling*

Art. 13. Dit besluit treedt op de dag van zijn uitwerking voor een jaar in werking.

Lupen, 5 november 1986.

Voor de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap :
De Voorzitter van de Executieve,

Gemeenschapsminister van Financiën, Vorming, Kulturele Animatie en Buitenbetrekkingen

B. FAGNOUL

De Gemeenschapsminister van Volksgezondheid en Familie, Sport en Toerisme

J. MARAITE

D. 86 — 1939

5. NOVEMBER 1986. — Erlaß der Exekutive zur Ausführung des Dekretes vom 26. Mai 1986 zur Gewährung von Zuschüssen an die Gemeinden, die Immobilien für die große Kultur-, Sport- und Tourismusinfrastruktur anzukaufen beziehungsweise Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekretes vom 26. Mai 1986 zur Gewährung von Zuschüssen an die Gemeinden, die Immobilien für die große Kultur-, Sport- und Tourismusinfrastruktur anzukaufen beziehungsweise Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 6. Juni 1984 zur Regelung der Unterzeichnung der Erlasse der Exekutive;

Aufgrund des am 8. Oktober 1986 gegebenen Einverständnisses des Vorsitzenden der Exekutive, der in seiner Eigenschaft als Gemeinschaftsminister für Finanzen handelt;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 8. August 1980;

Aufgrund der Dringlichkeit;

Aufgrund der Notwendigkeit, die Ausführungsbestimmungen zum Dekret vom 26. Mai 1986 so schnell wie möglich zu erlassen, um die Verwirklichung bereits in Angriff genommener Infrastrukturprojekte nicht weiter hinauszuzögern und um die Rechtssicherheit auf diesem Gebiete schnellstens herzustellen;

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Exekutive, der in seiner Eigenschaft als Gemeinschaftsminister zuständig für die kulturelle Animation handelt, und des Gemeinschaftsministers zuständig für Sport und Tourismus, sowie nach Beratung über diesen Vorschlag;

Beschließt :

Artikel 1. Vorliegender Erlaß legt die Ausführungsbestimmungen des Dekretes vom 26. Mai 1986 zur Gewährung von Zuschüssen an die Gemeinden, die Immobilien für die große Kultur-, Sport- und Tourismusinfrastruktur anzukaufen beziehungsweise Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen, im folgenden als Dekret bezeichnet, fest.

KAPITEL I. — *Allgemeine begriffsbestimmungen*

Art. 2. Die in Artikel 1 des Dekretes verwendeten Begriffe werden wie folgt definiert :

1. Unter Bauarbeiten versteht man jede Neuerrichtung einer Infrastruktur auf einem unbebauten Baugrund.
2. Unter Erweiterungsarbeiten versteht man jede Vergrößerung einer bestehenden Infrastruktur.
3. Unter Umbauarbeiten versteht man jede Veränderung einer bestehenden Infrastruktur oder die Umwandlung eines Gebäudes oder einer Anlage in eine Infrastruktur, die der im Dekret angegebenen Zielsetzung entspricht.

Art. 3. Unter Einrichtung von Immobilien sind alle festverankerten Gegenstände zu verstehen, die zur Ausübung der sportlichen, kulturellen und touristischen Tätigkeiten erforderlich sind.

Art. 4. § 1. Unter Infrastruktur mit regionaler Bedeutung versteht man eine Infrastruktur, die aufgrund der geographischen Lage, der Bevölkerungszahl des Einzugsgebietes und der beabsichtigten Nutzung mehr als die Bedürfnisse der antragstellenden Gemeinde erfüllen wird.

Im kulturellen Bereich können alleine als Infrastrukturen mit regionaler Bedeutung betrachtet werden :

Konzertsäle, Theatersäle, Konferenzräume, die erforderlichen Begleiträume der obenerwähnten Infrastrukturen.

§ 2. Die Exekutive kann zwei Zentren als Infrastruktur mit regionaler Bedeutung berücksichtigen, eins für die Gemeinden Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren und eins für die Gemeinden Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach und Sankt Vith.

§ 3. Die antragstellende Gemeinde ist Bauherr der zu erstellenden Infrastruktur. Ein Abkommen zwischen der Exekutive und der Gemeinde regelt die spätere Zusammenarbeit bezüglich der bezuschulften Infrastruktur.

§ 4. Ein Projekt mit regionaler Bedeutung kann in der Planung und Ausführung gemeinsam mit einem kommunalen Projekt durchgeführt werden.

§ 5. Die Infrastruktur und das erforderliche Gelände werden zu 80 % bezuschult. Die Projektkosten, das heißt die Architekten- und Expertenonorare, gehen vollständig zu Lasten der deutschsprachigen Gemeinschaft. Bei einer unter § 4 erwähnten Infrastruktur wird die Bezuschussung zu 80 % beziehungsweise 60 % proportionell verrechnet.

KAPITEL II. — *Verfahren der Anfrage*

Art. 5. § 1. Auf Antrag und nach Vorlage folgender Dokumente erteilt die Exekutive der Gemeinde eine prinzipielle Zusage zur Bezuschussung der Bau-, Erweiterungs-, oder Umbauarbeiten :

1. eine Absichtserklärung mit dem Programm des Projektes oder einer Nutzungsplanung, wenn es sich um eine Infrastruktur mit regionaler Bedeutung handelt;

2. ein Lageplan;

3. ein Eigentumsnachweis;

4. eine Skizze des Projektes;

5. eine allgemeine Kostenschätzung.

§ 2. Innerhalb eines Jahres nach Erteilung der prinzipiellen Zusage hat mittels folgender Dokumente die Anfrage für die definitive Zusage zu erfolgen :

1. die endgültige Absichtserklärung des Projektes;

2. eine Abschrift des Beschlusses des Gemeinderates mit der Festlegung der Ausschreibungsprozedur;

3. gegebenenfalls das Lastenheft;

4. die präzise Kostenschätzung;

5. beim Ankauf von Immobilien die Einschätzung des Einnehmers des Einregistrierungsamtes;

6. gegebenenfalls eine Abschrift der Baugenehmigung und der für deren Erhalt eingereichten Pläne;

7. gegebenenfalls eine Aufstellung des augenblicklichen Wertes des Gebäudes;

8. der Katasterplan des Standortes;

9. bei einem Antrag zur Bezuschussung einer Infrastruktur mit regionaler Bedeutung : der Nachweis der in den letzten 3 Jahren durch die antragstellende Gemeinde durchgeführten Aktivitäten im kulturellen, sportlichen oder touristischen Bereich.

Nach Vorlage dieser Dokumente wird die definitive Zusage erteilt unter Vorbehalt folgender Punkte :

1. Das Angebot der Baufirma, die den Auftrag erhält, darf die präzise Kostenschätzung des Architekten nicht um mehr als 10 % übersteigen.

2. Die Gemeinde übermittelt der Exekutive eine Abschrift des Protokolls der Angebotseröffnung.

§ 3. Bei Anträgen auf Gewährung eines Zuschusses beim Ankauf von Einrichtungsgegenständen sind drei Kostenvoranschläge erforderlich, wenn der Preis der Einrichtung 100 000 Franken übersteigt. Liegt der Preis unter 100 000 Franken, genügt ein Kostenvoranschlag.

KAPITEL III. — *Zustellung der Entscheidung der Exekutive*

Art. 6. Nach Erhalt der in Artikel 5 erwähnten Dokumente teilt die Exekutive der antragstellenden Gemeinde eine begründete Entscheidung mit. Die Zusage der Exekutive ist vor dem Baubeginn und vor jedem Ankauf erforderlich.

KAPITEL VI. — *Der Zuschuß*

Art. 7. Für die Berechnung des Zuschusses werden folgende Kosten berücksichtigt :

1. Projektkosten, d.h. die Architekten- und Expertenonorare, die nur bis in Höhe des von der betreffenden Berufsvereinigung festgesetzten Mindestsatzes berücksichtigt werden;

2. Mehrwertsteuer, falls sie nicht vom Finanzministerium erstattet wird;

3. Kosten, die durch die Anwendung der gesetzlich vorgesehenen Revisionsklausel für Lohn- und Materialkosten entstehen;

4. unvorhergesehene Ausgaben, die keinesfalls 20 % der Kostenschätzung des Vorhabens übersteigen dürfen und nach gesondertem Antrag bewilligt werden.

KAPITEL V. — *Auszahlung des Zuschusses*

Art. 8. Der Zuschuß wird nach Beendigung der Arbeiten beziehungsweise nach dem Ankauf aufgrund der vorgelegten Zahlungsbelege ausgezahlt.

Art. 9. Es können ebenfalls proportionelle Auszahlungen des Gesamtzuschusses erfolgen. Die zu diesem Zwecke eingereichten Fortschrittserklärungen müssen vom verantwortlichen Bauleiter oder Architekten gutgeheißen werden und jeweils einem Mindestbetrag von 600 000 Franken entsprechen. Die proportionellen Auszahlungen dürfen höchstens 90 % des Gesamtzuschusses betragen.

Nach Beendigung der Arbeiten erfolgt anhand aller notwendigen Belege die Endabrechnung.

Art. 10. Spätestens 36 Monate nach Zustellung der Zusage müssen die endgültigen Belege eingereicht sein.

KAPITEL VI. — *Besondere Bestimmung*

Art. 11. Vorliegender Erlaß tritt am Tage seiner Verabschiedung für die Dauer eines Jahres in Kraft.

Eupen, den 5. November 1986.

Für die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Vorsitzende der Exekutive,
Gemeinschaftsminister für Finanzen, Ausbildung, kulturelle Animation und Außenbeziehungen,

B. FAGNOUL

Der Gemeinschaftsminister für Volksgesundheit und Familie, Sport und Tourismus,

J. MARAITE

F. 86 — 1939

TRADUCTION

5 NOVEMBRE 1986. — Arrêté de l'Exécutif portant exécution du décret du 26 mai 1986 relatif à l'octroi de subventions aux communes pour l'achat de biens immobiliers servant de grosse infrastructure culturelle, sportive ou touristique ou pour la réalisation de travaux à cette infrastructure

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone

Vu le décret du 26 mai 1986 relatif à l'octroi de subventions aux communes pour l'achat de biens immobiliers servant de grosse infrastructure culturelle, sportive ou touristique ou pour la réalisation de travaux à cette infrastructure,

Vu l'arrêté de l'Exécutif du 6 juin 1984 réglant la signature des arrêtés de l'Exécutif;

Vu l'accord du Président de l'Exécutif agissant en sa qualité de Ministre communautaire des Finances, donné le 8 octobre 1986;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, modifiées par la loi du 8 août 1980;

Vu l'urgence;

Vu la nécessité d'arrêter dans les meilleurs délais les modalités d'application du décret du 26 mai 1986 afin de ne pas freiner davantage la réalisation des projets d'infrastructure en cours et afin d'assurer au plus vite la sécurité juridique dans ce domaine;

Sur proposition du Président de l'Exécutif, agissant en sa qualité de Ministre communautaire chargé de l'Animation culturelle, et du Ministre communautaire chargé des Sports et du Tourisme, et après délibération de ce projet,

Arrête :

Article 1^{er}. Le présent arrêté fixe les modalités d'application du décret du 26 mai 1986 relatif à l'octroi de subventions aux communes pour l'achat de biens immobiliers servant de grosse infrastructure culturelle, sportive ou touristique ou pour la réalisation de travaux à cette infrastructure ci-après appelé décret.

CHAPITRE 1^{er}. — *Définition*

Art. 2. Les termes utilisés à l'article 1^{er} du décret sont définis comme suit :

1. Par travaux de construction, il y a lieu d'entendre toute nouvelle érection d'une infrastructure sur un terrain non bâti.

2. Par travaux d'extension, il y a lieu d'entendre tout agrandissement d'une infrastructure existante.

3. Par travaux de transformation, il y a lieu d'entendre toute modification à une infrastructure existante ou la transformation d'un bâtiment ou d'une installation en une infrastructure répondant aux objectifs définis dans le décret.

Art. 3. Par aménagement de biens immobiliers, il y a lieu d'entendre tous les objets fixes nécessaires à la pratique des activités sportives, culturelles et touristiques.

Art. 4. § 1^{er}. Par infrastructure à importance régionale, il y a lieu d'entendre toute infrastructure qui, par sa situation géographique, le nombre d'habitants de la région desservie et l'utilisation projetée, répond à des besoins qui dépassent ceux de la commune dont émane la demande.

En matière culturelle, peuvent seules être considérées comme infrastructures à importance régionale : les salles de concert, de théâtre ou de conférences ainsi que les annexes aux infrastructures précitées.

§ 2. L'Exécutif peut retenir deux centres comme infrastructure à importance régionale, un pour les communes d'Eupen, de la Calamine, de Lontzen et de Raeren et un pour les communes d'Amblève, de Bullange, de Burg-Reuland, de Butgenbach et de Saint-Vith.

§ 3. La commune dont émane la demande est maître d'ouvrage de l'infrastructure à ériger. Une convention entre l'Exécutif et la commune règle la collaboration ultérieure en ce qui concerne l'infrastructure subventionnée.

§ 4. Tout projet à importance régionale peut, en ce qui concerne la planification et l'exécution, être réalisé en même temps qu'un projet communal.

§ 5. L'infrastructure et le terrain nécessaire sont subventionnés à 80 %. Les frais de projet, soit les honoraires des architectes et des experts, sont entièrement à charge de la Communauté germanophone. Pour les infrastructures visées au § 4, les subventions seront affectées proportionnellement, respectivement à raison de 80 % et de 60 %.

CHAPITRE II. — Modalités de la demande

Art. 5. § 1^{er}. Sur présentation des documents suivants, l'Exécutif donne à la commune qui en a fait la demande, son accord de principe sur le subventionnement des travaux de construction, d'extension ou de transformation :

1. une déclaration d'intention accompagnée du programme du projet ou, s'il s'agit d'une infrastructure à importance régionale, d'un plan d'utilisation;
2. un plan du site;
3. un certificat de propriété;
4. une esquisse du projet;
5. une estimation globale des coûts.

§ 2. Dans les douze mois de l'accord de principe sur l'octroi de la subvention, il y a lieu d'introduire, au moyen des documents suivants, la demande d'engagement définitif :

1. la déclaration d'intention définitive relative au projet;
2. une copie de la délibération du conseil communal arrêtant la procédure d'appel d'offres;
3. le cas échéant, le cahier des charges;
4. l'estimation précise du coût;
5. pour l'achat de biens immobiliers, l'estimation établie par le receveur de l'Administration de l'enregistrement;
6. le cas échéant, une copie du permis de bâtir et des plans remis pour l'obtention de celui-ci;
7. le cas échéant, un état fixant la valeur actuelle du bâtiment;
8. la matrice cadastrale du site;
9. pour les demandes de subventionnement d'infrastructures à importance régionale, la preuve des activités culturelles, sportives et touristiques organisées au cours des trois années précédentes par la commune dont émane la demande.

Après présentation de ces documents, l'engagement définitif sera donné sous réserve des points suivants :

1. L'offre de l'entreprise de construction adjudicataire ne peut pas dépasser de plus de 10 % l'estimation précise du coût établi par l'architecte.
2. La commune transmettra à l'Exécutif une copie du procès-verbal d'appel d'offres.

§ 3. Pour les demandes de subventionnement relatives à l'achat de biens d'équipement, il y a lieu de remettre trois devis si le prix de l'aménagement dépasse 100 000 francs. S'il est inférieur à 100 000 francs, un seul devis suffira.

CHAPITRE III. — Notification de la décision de l'Exécutif

Art. 6. Après réception des documents visés à l'article 5, l'Exécutif notifie à la commune dont émane la demande, une décision motivée. L'engagement de l'Exécutif est nécessaire avant le début des travaux et avant tout achat.

CHAPITRE IV. — De la subvention

Art. 7. Pour le calcul de la subvention, il sera tenu compte des frais suivants :

1. des frais de projet, c'est-à-dire des honoraires des architectes et des experts, dont le plafond est fixé au montant minimal arrêté par l'association professionnelle concernée;
2. de la taxe sur la valeur ajoutée lorsqu'elle n'est pas restituée par le Ministère des Finances;
3. des frais résultant de l'application de la clause de révision légale prévue pour les frais de main d'œuvre et de matériaux;
4. des dépenses imprévues, qui ne peuvent en aucun cas dépasser 20 % de l'estimation du coût du projet et qui sont autorisées sur base d'une demande distincte.

CHAPITRE V. — Liquidation de la subvention

Art. 8. La subvention sera liquidée, selon le cas, après la fin des travaux ou après l'achat, sur présentation des preuves de paiement.

Art. 9. La subvention globale peut également être liquidée au prorata. Les états d'avancement des travaux, déposés à cet effet, doivent être approuvés par le maître d'œuvre responsable ou par l'architecte et porter chacun sur un minimum de 600 000 francs. Les versements au prorata ne peuvent dépasser 90 % de la subvention globale. Le décompte final sera établi après la fin des travaux sur base de toutes les pièces justificatives requises.

Art. 10. Les pièces justificatives définitives seront déposées au plus tard trente-six mois après la notification de l'engagement.

CHAPITRE VI. — *Disposition particulière*

Art. 11. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa promulgation, pour une durée d'un an.
Eupen, le 5 novembre 1986.

Pour l'Exécutif de la Communauté germanophone :

Le Président de l'Exécutif de la Communauté germanophone,
Ministre communautaire des Finances, de l'Animation culturelle et des Relations extérieures

B. FAGNOUL

Le Ministre communautaire de la Santé publique, de la Famille, des Sports et du Tourisme,

J. MARAITE

VERTALING

N. 86 — 1939

5 NOVEMBER 1986. — Besluit van de Executieve tot uitvoering van het decreet van 26 mei 1986 betreffende de toekenning van toelagen aan gemeenten die onroerende goederen voor een grote culturele, toeristische of sportinfrastructuur aankopen of die werken aan deze infrastructuur uitvoeren

De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het decreet van 26 mei 1986 betreffende de toekenning van toelagen aan gemeenten die onroerende goederen voor een grote culturele, toeristische of sportinfrastructuur aankopen of die werken aan deze infrastructuur uitvoeren;

Gelet op het besluit van de Executieve van 6 juni 1984 houdende regeling van de ondertekening van de besluiten van de Executieve;

Gelet op de toestemming, gegeven op 8 oktober 1986, van de Voorzitter van de Executieve, handelend in zijn hoedanigheid als Gemeenschapsminister van Financiën;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd door de wet van 8 augustus 1980;

Gelet op de dringendheid;

Gelet op de noodzaak om de modaliteiten tot uitvoering van het decreet van 26 mei 1986 zo snel mogelijk te bepalen om de uitvoering van de reeds begonnen infrastructuurprojecten niet langer uit te stellen en om de rechtszekerheid op dit gebied ten snelste te verzekeren;

Op voorstel van de Voorzitter van de Executieve, handelend in zijn hoedanigheid als Gemeenschapsminister bevoegd voor de Culturele Animatie, en van de Gemeenschapsminister bevoegd voor Sport en Toerisme, alsmede na beraadslaging over dit voorstel;

Besluit :

Artikel 1. Dit besluit bepaalt de modaliteiten tot uitvoering van het decreet van 26 mei 1986 betreffende de toekenning van toelagen aan gemeenten die onroerende goederen voor een grote culturele, toeristische of sportinfrastructuur aankopen of die werken aan deze infrastructuur uitvoeren.

HOOFDSTUK I. — *Begripsbepalingen*

Art. 2. De in artikel 1 van het decreet voorkomende termini worden gedefinieerd als volgt :

1. Onder bouwwerken dient te worden verstaan : elke nieuwe oprichting van een infrastructuur op een onbebouwde bouwgrond.

2. Onder uitbreidingswerken dient te worden verstaan : elke uitbreiding van een bestaande infrastructuur.

3. Onder verbouwingswerken dient te worden verstaan : elke verbouwing van een bestaande infrastructuur of de omzetting, waardoor van een gebouw of een installatie een infrastructuur wordt gemaakt die aan het doel van het decreet beantwoordt.

Art. 3. Onder aanpassingswerken aan onroerende goederen dienen alle vast opgestelde voorwerpen te worden verstaan die voor de uitoefening van de sportieve, culturele en toeristische activiteiten noodzakelijk zijn.

Art. 4. § 1. Onder infrastructuur van regionaal belang dient een infrastructuur te worden verstaan die op grond van haar geografische ligging, het aantal inwoners van het verzorgingsgebied en het geplande gebruik in behoeften zal voorzien welke die van de aanvragende gemeente overschrijden.

Op cultureel vlak kunnen worden als infrastructuur van regionaal belang worden beschouwd : concertzalen, toneelzalen, vergaderingszalen, de noodzakelijke bijbehorende kamers voor de bovenvermelde infrastructuren.

§ 2. De Executieve kan twee centra als infrastructuur van regionaal belang in aanmerking nemen, één voor de gemeenten Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren en één voor de gemeenten Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach en Sankt-Vith.

§ 3. De aanvragende gemeente is bouwheer van de op te richten infrastructuur. Een overeenkomst tussen de Executieve en de gemeente regelt de latere samenwerking inzake de gesubsidieerde infrastructuur.

§ 4. Een project van regionaal belang kan bij de planning en de uitvoering samen met een gemeentelijk project worden uitgevoerd.

§ 5. De infrastructuur en de noodzakelijke bouwgrond worden met 80 % gesubsidieerd. De projectkosten, d.w.z. de architecten- en deskundigenhonoraria, gaan volledig ten laste van de Duitstalige Gemeenschap. Voor infrastructuren bedoeld in § 4 wordt de toelage, naargelang van het geval, ten belope van 80 of 60 % proportioneel verrekend.

HOOFDSTUK II. — *Modaliteiten van de aanvraag*

Art. 5. § 1. Op aanvraag en nadat volgende documenten zijn ingediend verleent de Executieve aan de gemeente haar principiële toezegging voor de subsidiëring van de bouw-, uitbreidings- of verbouwingswerken :

1. een intentieverklaring met het program van het project of een gebruiksplan indien het om een infrastructuur van regionaal belang gaat;
2. een situatichets;
3. een eigendomsbewijs;
4. een schets van het project;
5. een algemene kostenraming.

§ 2. Binnen een jaar na de verlening van de principiële toezegging moet door middel van volgende documenten de definitieve toezegging worden aangevraagd :

1. de definitieve intentieverklaring;
2. een kopie van de beslissing van de gemeenteraad houdende bepaling van de aanbestedingsprocedure;
3. in voorkomend geval, het bestek;
4. de preciese kostenraming;
5. bij de aankoop van onroerende goederen, de raming van de ontvanger van de Administratie der Registratie;
6. in voorkomend geval, een kopie van de bouwvergunning en van de plannen die voor het verkrijgen van die vergunning zijn ingediend;
7. in voorkomend geval, een overzicht over de huidige waarde van het gebouw;
8. het kadasterplan van de vestiging;
9. bij aanvragen tot subsidiëring van infrastructuren van regionaal belang : het bewijs van de culturele, sportieve en toeristische activiteiten die de aanvragende gemeente in de laatste drie jaren heeft uitgevoerd.

Nadat die documenten zijn ingediend wordt de definitieve toezegging onder volgende voorbehouden verleend :

1. Het aanbod van de bouwfirmen aan wie de werken worden aanbesteed, mag de preciese kostenraming van de architect niet met meer dan 10 % overschrijden.
2. De gemeente doet een afschrift van het proces-verbaal over de opening van de aanbesteding aan de Executieve geworden.

§ 3. Voor aanvragen tot subsidiëring van de aankoop van installatievoorwerpen zijn drie kostenramingen vereist wanneer de prijs van de installatie 100 000 frank overschrijdt. Wanneer de prijs onder 100 000 frank ligt, is een kostenraming voldoende.

HOOFDSTUK III. — *Medeling van de beslissing van de Executieve*

Art. 6. Nadat de Executieve de documenten bedoeld in artikel 5 heeft ontvangen, deelt ze aan de aanvragende gemeente een met redenen omklede beslissing mee. De toezegging van de Executieve is vóór het begin van de bouwwerken en vóór elke aankoop vereist.

HOOFDSTUK IV. — *De toelage*

Art. 7. Voor de berekening van de toelage worden volgende kosten in aanmerking genomen :

1. de projectkosten, d.w.z. de honoraria van de architecten en de deskundigen, die enkel te belope van het minimumpercentage worden in aanmerking genomen, dat door de betreffende beroepsvereniging is bepaald;
2. de belasting op de toegevoegde waarde, indien ze niet door het Ministerie van Financiën wordt terugbetaald;
3. de kosten, die door de toepassing van het wettelijk voorziene herzieningsbeding voor loon- en materiaalkosten ontstaan;
4. onvoorziene uitgaven, die in geen geval 20 % van de kostenraming van het project mogen overschrijden en die na een afzonderlijke aanvraag worden toegekend.

HOOFDSTUK V. — *Uitkering van de toelage*

Art. 8. De toelage wordt na de beëindiging van de werken respectievelijk na de aankoop op basis van de ingediende betalingsbewijzen uitgekeerd.

Art. 9. De globale toelage mag ook door middel van proportionele betalingen worden uitgekeerd. Die daartoe ingediende vorderingsverklaringen moeten door de verantwoordelijke bouwcoördinator of architect worden goedgekeurd en telkens een bedrag van tenminste 600 000 frank in rekening brengen. De proportionele betalingen mogen hoogstens 90 % van de globale toelage bedragen.

Na beëindiging van de werken heeft de eindafrekening op basis van alle noodzakelijke bewijsstukken plaats.

Art. 10. Ten laatste 36 maanden na de mededeling van de toezegging moeten de definitieve bewijsstukken zijn ingediend.

HOOFDSTUK VI. — *Bijzondere bepaling*

Art. 11. Dit besluit treedt op de dag van zijn uitwerking voor een jaar in werking.

Eupen, 5 november 1986.

Voor de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap :

De Voorzitter van de Executieve,
Gemeenschapsminister van Financiën, Vorming, Culturele Animatie en Buitenbetrekkingen

B. FAGNOUL

De Gemeenschapsminister van Volksgezondheid en Gezin, Sport en Toerisme,

J. MARAITE